

Büttelborn, den 01.03.2010

## **GLB sieht sich in ihren Vorstellungen zum Haushalt 2010 bestätigt.**

**7 von 8 Anträgen der GLB wurden von den Gemeindevertretern bei der Haushaltssitzung zugestimmt und sind somit Bestand des Etats der Gemeinde Büttelborn.**

In diesen momentan, finanziell nicht einfachen Zeiten für Kommunen hat die kleinste Fraktion des Parlaments besonderen Augenmerk auf Sparsamkeit und Einsparpotentiale Büttelborns gelegt. Es hilft ja nicht, über die schlechte finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden zu klagen, aber vorhandene Sparmöglichkeiten nicht zu nutzen und weiter zu machen wie bisher. Auch über neue, mögliche Einnahmequellen muss man sich ständig Gedanken machen. Dies müssen nicht immer höhere Steuern und Gebühren sein. Sowohl auf das Sparen, wie auch auf das Hinzuverdienen hatte die GLB einen Großteil ihrer Anträge ausgerichtet. Bestes Beispiel ist der Antrag die auswärts untergebrachten Abteilungen der Verwaltung wieder in gemeindeeigene Räume unterzubringen. Momentan ist der Fachbereich 3 in angemieteten Räumen direkt neben dem Rathaus untergebracht, auf der anderen Seite des Rathauses steht ein gemeindeeigenes Anwesen leer. Rund 13.000 € Miete jährlich werden hier zukünftig eingespart.

Der Antrag das Anwesen Rheinstr. 77 in Worfelden zu veräußern entlastet die Kasse um mehr als 8.000 € jährlich. Seit einigen Jahren unbewohnt, wurde es zur Unterbringung von Asylanten mit einem Landeszuschuss erworben. Durch den Verkauf, der öffentlich ausgeschrieben wird erhofft man sich unterm Strich nach Rückzahlung von Darlehen und Landeszuschuss einen weiteren Betrag von rund 50.000 € für den Gemeindegeldbeutel.

Die vor einiger Zeit aufgestellten Plakattafeln für Wahlkämpfe müssen nicht außerhalb dieser Zeit ungenutzt bleiben. Man kann sie zu Werbezwecken an gewerbliche Unternehmen vermieten. Auch dieser Antrag der GLB, passierte mit Mehrheit das Gemeindeparlament. Wenn diese Maßnahme auch keine Reichtümer einbringen wird, so entlastet sie aber indirekt ein weiteres Mal die Kommune, da das Auf- und Abbauen der insgesamt 15 schweren Tafeln einen hohen personellen Einsatz nach sich zieht.

Ökologisch und ökonomisch wichtig sind die Energiesparmaßnahmen an gemeindeeigenen Gebäuden für die 50.000 € in den Haushalt eingestellt sind. Angesichts weiter wachsender Kohlendioxid-Belastung sind die Einsparung durch Wärmedämmung, Isolierfenster usw. für die Vorbildfunktion der Kommunen unerlässlich. Und die Energiekosten werden sich im Laufe der Jahre amortisieren. Für Anlagen zur Verwendung von regenerativen Energien (z.B. Solaranlagen) bei gemeindeeigenen Gebäuden werden ebenfalls auf Antrag der GLB 50.000 € in den Etat aufgenommen. Grundsätzlich hält die GLB diese Beträge aber für zu niedrig. Man trägt aber der zur Zeit schwierigen Situation Rechnung und möchte diese Finanzmittel erst in den folgenden Jahren erhöhen.

Schließlich wurde auch der Antrag zur Neugestaltung des Schulhofs in Worfelden angenommen und die gewünschten 10.000 € für Planungskosten (Die geänderte Vorlage aus dem Haupt- und Finanzausschuss sieht hier eine Verpflichtungsermächtigung 115.000 € vor) in den Haushalt eingestellt. Im Rahmen einer Bürgerversammlung wurde bereits 2009 ein Planentwurf vorgestellt. Im Jahr 2011 soll die Maßnahme umgesetzt werden.

Die Erhöhung der Mittel für den Bau eines Zauns um den zu errichtenden Bolzplatz im Ortsteil

Worfelden wurde abgelehnt. Seitens GLB fürchtet man Vandalismus und Zweckentfremdung des Geländes als Übungsplatz für Zweiräder jedweder Art. Man will mit den Befürchtung nicht recht behalten. Von daher wird man abwarten und beobachten, was dort zukünftig geschieht.

Zukünftig werden die Kommunen nicht umhin kommen, ihre Ausgaben und Einnahmen auch zu einem gewissen Maß kreativ zu gestalten. Die Anträge der GLB haben gezeigt, welche Möglichkeiten vorhanden sind, ohne in das altbekannte Schema „Steuern und Gebühren erhöhen“ für die Einnahmenseite, sowie Leistungen streichen und Personalabbau für die Ausgabenseite zu verfallen.

Leider kam von den Fraktionen von CDU und SPD wenig Produktives in Form von Anträgen. Die SPD-Fraktion beschränkte sich darauf, den Gemeindevorstand aufzufordern, vor der Steuerschätzung kein Geld auszugeben und eine Haushaltssperre zu erlassen. Das sind typische Aufgaben des Gemeindevorstandes, die keiner Aufforderung durch die Gemeindevertretung bedürfen. Die CDU Fraktion lehnt die 250.000 € zur Sanierung und Wärmedämmung des Daches des Bauhofes ab. Das konnte die GLB nicht unterstützen, wenn sie auch mit den christdemokratischen Kollegen der Meinung ist, dass ein Nutzungskonzept für den Bauhof überfällig ist. Die Erstellung eines solchen Konzeptes wurde vom Bürgermeister in der Sitzung zugesagt. Keine Zustimmung fand natürlich der CDU-Antrag auf anwaltliche Unterstützung beim Flughafenausbau zu verzichten. Angesichts der Lärmbelastung, eines immer noch nicht wirksam beschlossenen Nachtflugverbots und der Beschneidung der Planungshoheit der Gemeinde halten wir den anwaltlichen Beistand für dringend geboten.